

Pressemeldung

Limburg, 10.03.2017

Medikamententests in Heimen: Kinder schutzlos ausgeliefert Vertreter der Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen fordern lückenlose Aufklärung und mehr Schutz für Betroffene

Was die Pharmazeutin Sylvia Wagner in ihrer Doktorarbeit offenlegt, ist zweifelsohne ein weiterer Skandal in der Geschichte der Heimerziehung: Bundesweit sollen in Deutschland zwischen 1950 und 1975 Tausende Heimkinder Opfer von Medikamententests geworden sein – ohne Einwilligung der Betroffenen, ihrer Eltern oder gesetzlichen Vertreter. Impfstoffe, Psychopharmaka und Libido hemmende Präparate habe man ihnen verabreicht. Staatliche Behörden hätten zum Teil von den Tests gewusst und ihnen zugestimmt. Wagner hat dazu 50 Studien von Pharmaunternehmen, Fachzeitschriften sowie Aufzeichnungen im Darmstädter Archiv des Pharmakonzerns Merck ausgewertet.

In welchem Umfang diese Tests auch in hessischen Einrichtungen durchgeführt worden sind, war Thema einer öffentlichen Anhörung im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss im Hessischen Landtag am Donnerstag. Befragt wurden im Ausschuss Vertreter der Pharma-Industrie, Ärzte, Jugendämter, Träger von Einrichtungen und Betroffene. Als Vertreter des Vereins „Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen e. V.“ nahm Vorstandsmitglied Stefan Hißnauer teil. „Wir verurteilen das Vorgehen der damaligen Beteiligten aufs Schärfste und fordern eine umfassende Aufklärung der Geschehnisse. Dabei ist uns wichtig, dass nicht nur die in der Studie genannten Pharmaunternehmen, Ärzte und Einrichtungen zur Rechenschaft gezogen werden, auch die Verantwortlichkeiten bei Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene müssen untersucht und offen benannt werden“, so Hißnauer. Alle Anwesenden der Anhörung stimmten mit der Forderung nach Aufklärung der Vorgänge überein, besonders auch im Hinblick auf die Verantwortlichkeiten der Behörden. Unklar sei allerdings, ob dies so umfangreich getan werden könne, da die Aktenlage nach mehr als 50 Jahren teilweise nur noch sehr dürftig sei.

In diesem tragischen Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte zeigt sich, welche verheerende Folgen es hatte, dass die Kinder und Jugendlichen damals den Obrigkeitsstellen schutzlos ausgeliefert waren. Im Abschlussbericht (2010) des Runden Tisches Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren wurde deshalb die „*Schaffung unabhängiger Beschwerdeinstanzen („Ombudsstellen“)*“ für Kinder und Jugendliche gefordert. Die **Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen** ist so eine Anlaufstelle. Seit ihrer Gründung 2012 wandten sich mehrere hundert junge Menschen selbstständig oder gemeinsam mit ihren Eltern an diese zentrale Beratungsstelle und ihre ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, um Beratung und Unterstützung bei rechtlichen und anderen Problemen mit freien Trägern oder Jugendämtern zu erhalten.

Der Vorstand des Vereins „Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen e. V.“ begrüßt, dass alle Fraktionen im Hessischen Landtag die „Anhörung zu Impf- und Medikamententests an Kindern in hessischen Heimen“ befürwortet haben. Daran knüpft er seine Forderungen an die Hessische Landesregierung an: Neben der weiteren raschen Aufklärung der Vorfälle in der jungen Bundesrepublik müssen heute Kinderrechte in das Grundgesetz aufgenommen werden. „Dies wäre ein politisch deutliches Zeichen, dass die Gewährleistung der Rechtsposition und somit auch der Schutz von Kindern und Jugendlichen nicht zu relativieren ist“, bekräftigt Vorstandsvorsitzender Peter Röder. „Zudem wünschen wir uns, dass die bestehenden unabhängigen ombudtschaftlichen Vertretungen für Kinder und Jugendliche in Hessen von der Landesregierung unterstützt und weitere geschaffen werden.“

Ansprechpartner:

Natascha Freund

Projektleitung

Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen

E-Mail: ombudsstelle@dicv-limburg.de

Tel. 06431 / 997-203

Peter Röder

Vorstandsvorsitzender

Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen e. V.

Tel.: 069 / 79 47 6341

Email: peter.roeder@diakonie-hessen.de

Das Projekt „**Ombudsstelle Hessen**“ ist eine unabhängige Beratungs- und Beschwerdestelle für Kinder, Jugendliche und Eltern, die rechtliche Fragen und Probleme mit Jugendämtern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) haben. Indem die Ombudsstelle junge Menschen altersgerecht über ihre Rechte informiert und sie dabei unterstützt, eigene Selbstvertretungsstrukturen in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe auf- und auszubauen, leistet sie einen Beitrag zu Prävention und Kinderschutz. Getragen wird das Projekt durch den Verein „Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen e. V.“ – Gründungsmitglieder sind alle Wohlfahrtsverbände in Hessen, der Deutsche Kinderschutzbund LV Hessen, der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste und das Institut für Vollzeitpflege und Adoption. Die Geschäftsstelle ist im Diözesancaritasverband Limburg angesiedelt, Projektleiterin ist die Juristin Natascha Freund.